



II- 2399 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ

1176-19/73

1076/A.B.
zu 1075/J.
Präs. am 9. April 1973

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

W i e n

zu Zahl 1075-J-NR/1973

Die mir am 15.2.1973 übermittelte schriftliche Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Dr. B r o e s i g k e u.Gen., Z 1075/J-NR/1973, betreffend Gerichtsgebäude Wien 1080, Landesgerichtsstraße 11, beantworte ich wie folgt:

Frage 1:

Die Vorbereiten für die Generalsanierung, die auf das Jahr 1965 zurückreichen, sind seit einer am 19.10.1971 vom Herrn Bundesminister für Bauten und Technik und mir gemeinsam mit den zuständigen Sachbearbeitern erfolgten Besichtigung des Gebäudes in ein aktuelles Stadium getreten. Derzeit wird in Zusammenarbeit mit dem vom Bundesministerium für Bauten und Technik bestellten Architekten ein Raum- und Funktionsprogramm für die Errichtung eines Gefangenenhauses erstellt. Nach den bisher angestellten Überlegungen ist für die Generalsanierung nachstehender Stufenplan vorgesehen:

- 1) Neubau der Wirtschaftsgebäude an der Front Wickenburggasse und anschließender Abbruch der bisher verwendeten baufälligen Trakte sowie Errichtung der Justizwachschule auf dem Areal Wickenburggasse 12;
- 2) Modernisierung des Gefangenenaustraktes;
- 3) Generalsanierung der restlichen Gebäudeteile des Gerichtsbereiches und des Verwaltungstraktes;

- 2 -

Frage 2:

Die Durchführung der aus Sicherheitsgründen unverzüglich erforderlichen Arbeiten wurde vom Bundesministerium für Bauten und Technik in Angriff genommen.

Frage 3:

Zur Senkung des Überbelages wurde bereits im Herbst des Jahres 1971 angeordnet, daß in Gefangenenhäusern in Wien, Niederösterreich und Burgenland ständig etwa 300 Gefangene aus dem landesgerichtlichen Gefangenенhaus I Wien untergebracht werden.

Überdies wurde am 5.4.1973 in Sonnberg/Hollabrunn eine Vollzugsanstalt mit einer Belagsfähigkeit für 83 männliche Gefangene in Betrieb genommen. Weiters wird noch in diesem Jahr eine Außenstelle des kreisgerichtlichen Gefangenenhauses Korneuburg in Stockerau mit einem Belagsraum für 60 männliche Gefangene eröffnet werden.

In der Außenstelle Hirtenberg des lg. Gefangenenhauses I Wien befinden sich derzeit neue Gefangenunterkünfte für etwa 200 Strafgefangene im Bau. Nach Fertigstellung dieses Bauvorhabens, voraussichtlich Ende des Jahres 1975, wird eine weitere Entlastung des lg. Gefangenenhauses I Wien möglich sein.

Frage 4:

Im Hinblick auf die Größe des Gesamtvorhabens einer Generalsanierung des aus den 30iger Jahren des vorigen Jahrhunderts stammenden Gebäudekomplexes des Landesgerichtes für Strafsachen Wien ist festzuhalten, daß sich das Bundesministerium für Justiz im Hinblick auf die Grenzen der budgetären Möglichkeiten in den vergangenen Jahren bemüht / ^{hat} die größten Bauvorhaben im Strafvollzug schwerpunktweise zu gliedern.

Diese Schwerpunkte waren bzw. sind:

- 1) Der Neubau der Sonderanstalt für Jugendliche in Gerasdorf bei Wiener Neustadt, der mit einem Gesamtaufwand von rund 120 Mill.S verbunden war, ist im wesentlichen abgeschlossen;

- 3 -

- 2) Der Neubau des lg.Gefangenenhauses Innsbruck mit einem von Fassungsvermögen/rund 600 Häftlingen mit einem Bauaufwand von insgesamt rund 60 Mill.S ist gleichfalls abgeschlossen;
- 3) Der Neubau des Landesgerichtes in Eisenstadt mit dem modernen lg.Gefangenenshaus mit einem Bauaufwand von insgesamt rund 50 Mill.S wurde im Jahre 1969 fertiggestellt.
- 4) Die Generalsanierung der Strafvollzugsanstalt Stein wurde begonnen. Die für die Sicherung des zügigen Baufortschrittes erforderlichen Mittel sind im Budget sichergestellt.
- 5) Umfangreiche Erweiterungsbauten bzw. Sanierungsarbeiten der lg.Gefangenenhäuser Feldkirch, Salzburg und Klagenfurt befinden sich im Planungsstadium.
- 6) Der Neubau des Gefangenenhauses des Bezirksgerichtes für Strafsachen Graz (Paulustorgasse) ist im Gange.
- 7) Die Planungsarbeiten für die Generalsanierung des Gefangenenhauses Korneuburg sind abgeschlossen.

Vor einer endgültigen Entscheidung über die Durchführung der Generalsanierung des Gebäudekomplexes des Landesgerichtes für Strafsachen Wien an Ort und Stelle, wobei davon ausgegangen werden muß, daß diese auch unter der Voraussetzung der Sicherung der budgetären Bedeckung einen Zeitraum von rund 10 Jahren in Anspruch nehmen würde, wird das BMJ beim Bundesministerium für Bauten und Technik anregen, die Überlegungen, welche vom Wiener Institut für Standortfragen über den Standort des Landesgerichtes für Strafsachen Wien angestellt wurden (siehe WIST-Informationen Nr 19/20 vom Februar 1973 S.5), in die für diese Entscheidung maßgeblichen Gesichtspunkte einzubeziehen. Ebenso wird das BMJ anregen, daß gemeinsame Beratungen mit der Stadt Wien und allen anderen interessierten Stellen aufgenommen werden, um eine für die Rechtspflege und für die Allgemeinheit optimale Lösung zu finden.

6, April 1973